




Mobilität für Menschen.

Kreisgruppe Coburg

 0160 / 9460 5819

E-Mail: weibelzahl1@aol.com



VCD KG Coburg, Forsthub 10, 96271 Grub am Forst

Gem. Verteiler

Grub am Forst, 09.01.2019

Fragen an die Landratskandidatin und die Landratskandidaten zur ökologischen Mobilität

1. Die Europäische Kommission fordert eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 % im Vergleich der Jahre 1990 und 2030. Ebenso sieht Ministerpräsident Söder im Klimaschutz eine der maßgeblichen Aufgaben des Jahres 2019 und der näheren Zukunft. Während es zwischen 1990 und 2018 bei den Bereichen „Haushalte“, „Industrie“ und „Energiewirtschaft“ deutliche Minderungen gab, sind die Emissionen beim Bereich „Mobilität“ gleich geblieben und sogar etwas gestiegen. Worauf führen Sie es zurück, dass die Situation bei der Mobilität sich so negativ entwickelt hat? Welche Möglichkeiten sehen Sie als Landrat, um eine Änderung zu bewirken?

Natürlich werden die wesentlichen Rahmenbedingungen durch die Politik in Berlin und München gesetzt. In einer Arbeits- und Freizeitwelt, die die individuelle Mobilität fördert und fordert, wird es schwer mit beschränkten Mitteln vor Ort große Sprünge zu machen. Als Landkreis müssen wir deswegen vor allem am Grundangebot, als auch an der Attraktivität des Gesamtangebots arbeiten. Mit einem guten Produkt im ÖPNV können wir mit modernen Marketingmethoden sicher mehr.

2. In den Großstädten und auch in Städten wie Coburg gibt es mittlerweile bis zu 25 % Bürger, welche auf das Eigentum eines eigenen Pkw verzichten. Sehen Sie es im Landkreis Coburg als machbar an, dass jemand die Mobilität ohne eigenen Pkw realisiert? Wenn ja, welche Maßnahmen würden Sie als Landrat realisieren, um den Bürgern des Landkreises den Verzicht auf einen eigenen Pkw zu erleichtern? Ergäben sich im Standortwettbewerb z.B. zur Stadt Coburg Standortvorteile, wenn Menschen im Landkreis wohnen und auf einen eigenen Pkw verzichten?

Natürlich ist das Mobilität ohne Auto möglich, allerdings wird es schwieriger, je weiter die Bürger von Coburg weg leben, bzw. Ihre Arbeitsstelle weg liegt. Diese Mobilität ist aber auch mit Einschränkungen verbunden.

Zum einen brauchen wir annehmbare Preise für den ÖPNV. Zum anderen müssen die Einschränkungen, die der ÖPNV gegenüber dem Autoverkehr mit sich bringt, durch zusätzliche Attraktivitäten kompensiert werden.

Ich glaube nicht, dass sich ein direkter Vorteil ergibt. Durch ein solches Angebot können aber die schon vorhandenen Vorzüge des Landkreises, wie Lebenshaltungskosten, saubere Luft usw., verstärkt wahrgenommen werden.

3. Viele Wege sind nicht weiter als fünf Kilometer und können somit auch leicht mit dem Fahrrad und zu Fuß zurückgelegt werden. Welche Hemmnisse sehen Sie derzeit, dass die Menschen solche Strecken doch mit dem Pkw zurücklegen? Würden Sie in Ihrer ersten Amtszeit zusammen mit der Stadt Coburg ein Radverkehrsgutachten in der Art eines Nahverkehrsplans in Auftrag geben? Welche Sofortmaßnahmen können im ersten Jahr Ihrer Amtszeit umgesetzt werden, um die Situation für die Radfahrer und Fußgänger zu erleichtern?

Fakt ist, dass Gewohnheiten härter sind als Granit. Wetter und Topographie des Coburger Landes kommen dazu. Mit der Einführung der Pedelecs ist aber der letztere Punkt nur noch eine Ausrede.

Ein Radverkehrsgutachten, welches die realen Verhaltensweisen widerspiegelt macht Sinn. Es muss aber auch konkrete, realistische Handlungsempfehlungen aufweisen und nicht eine Utopiepapier werden.

Als Sofortmaßnahme müssen wir mit den Städten und Gemeinden über den Zustand und den Ausbau des Radwegenetzes reden. Als aktiver Rennradfahrer war ich in den letzten Jahren viel bei uns unterwegs, und eines wurde klar: wir haben Hausaufgaben zu machen!

4. Das Land Thüringen hat den Bahnlückenschluss nach Südthüringen im Schienennahverkehrsplan der nächsten fünf Jahre aufgenommen und bereits im Jahr 2018 Haushaltsmittel für die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens bereitgestellt. Das Land Bayern hat eine Finanzierungsbeteiligung von der Herstellung einer „Einigkeit vor Ort“ abhängig gemacht. Entsprechend hat der Kreistag des Landkreises Coburg im Juli 2018 einen Beschluss gefasst. Dieser wurde mit einer Mehrheit von 80 % gefasst. Ist der Beschluss des Kreistags für Sie Grundlage Ihres politischen Handelns in

den nächsten fünf Jahren? Welche Maßnahmen sind erforderlich, damit bis zum Ende Ihrer ersten Amtszeit eine planfestgestellte Trasse zur Verfügung steht?

Der Beschluss des Kreistags fordert den Freistaat auf, das Raumordnungsverfahren in die Wege zu leiten. Die alte CSU Regierung hat das abgelehnt. Ich mache mir durchaus Hoffnung, dass wir mit unseren neuen guten Kontakten zum Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und zum Umweltminister Thorsten Glauber, diese Entscheidung noch einmal überarbeiten können.

5. Der Landkreis Coburg und die Stadt Coburg arbeiten mit den benachbarten Kommunen in den Landkreisen Hildburghausen und Sonneberg in vielen Gebieten gut zusammen. Zu nennen sind: Initiative Rodachtal, Regiomed, Tourismusverein Coburg-Rennsteig, erster Frankentag 2019 in Neustadt-Sonneberg. Wie beurteilen Sie den Stand der Zusammenarbeit beim öffentlichen Personennahverkehr? Welche Verbesserungen werden Sie am Ende ihrer ersten Amtszeit umgesetzt haben?

Die bestehenden Versäumnisse bei der strukturellen Zusammenarbeit unserer ÖPNV Angebote, sind schlicht eine Hausaufgabe, die schnell abzuarbeiten ist. An mir und dem Landkreis wird es hier nicht liegen. Punkt.

6. Das Land Bayern will flächendeckend Verbundtarife einführen. Somit steht derzeit die Erweiterung des Verbundtarifs „Verkehrsverbund Großraum Nürnberg“ (VGN) auf die Landkreise Coburg, Hof, Kronach, Kulmbach und Wunsiedel und die Städte Coburg und Hof zur Diskussion. Dies begrüßen wir, sehen aber die Gefahr, dass es zu einer „Tarifgrenze“ an der Landesgrenze zu Thüringen kommt, was die verkehrliche Zusammenarbeit mit Südthüringen schwächen kann. Teilen Sie unsere Befürchtungen? Wenn ja, welche Maßnahmen können ergriffen werden, um dies zu vermeiden?

Ein Verbundtarif wird viele Fragen der Kunden auflösen. Wichtig ist, dass dabei das Angebot nicht teuer wird.

Ziel muss es dann sein einen länderübergreifenden Verbund zu schaffen. Das wird aber ein sehr dickes Brett, welches es zu bohren gilt.

7. Unseres Wissens gibt es derzeit noch keine definitive Zusage des Bundes, dass der Verkehrslandeplatz „Brandensteinsebene“ ab dem Jahr 2020 im Instrumentenflug genutzt werden kann. Wie würden Sie damit umgehen, wenn der Bund entscheidet, die Nutzung dieses Verkehrslandeplatzes ab dem Jahr 2020 nicht mehr zu erlauben?

Nach meinem Kenntnisstand wird die „Brandensteinsebene“ entsprechend ausgebaut. Damit wird das notwendige Angebot, zusammen mit dem Landeplatz Bamberg, geschaffen.

Sollte alles ganz anders laufen brauchen wir andere Lösungen, die mit allen Beteiligten, insbesondere der Bürgerschaft diskutiert werden muss. Der Landrat wird sicher eine eigene Meinung haben, seine Aufgabe wird aber vor allem die eines Moderators sein!